

PERSONALIEN

Michael Schramm, 44, gibt seinen Posten als Sprecher der Geschäftsleitung der Privatbank Hauck & Aufhäuser auf. Er verlässt die Bank auf eigenen Wunsch, um sich neuen beruflichen Herausforderungen zu stellen, heißt es offiziell. Zu weiteren Details über den plötzlichen Rückzug von Schramm, der seit 2006 persönlich haftender Gesellschafter und seit zwei Jahren Sprecher der Geschäftsleitung war, wollte sich niemand äußern. Unter vorgehaltener Hand hatte es aber gelegentlich Kritik an Schramm gegeben. Er galt als eher lautstark in dem traditionell diskreten Privatbankier-Geschäft, manche bezeichneten ihn als Dampfplauderer. Er hat Hauck & Aufhäuser zu einer Unternehmerbank aufgebaut, die auch ins Investmentbanking einsteigen wollte, eine Branche die derzeit in der Krise steckt. Künftig wird das Institut von einem Trio geleitet: Die übrigen Mitglieder der Geschäftsführung Michael O. Bentlage, Jochen Lucht und Stephan Rupprecht werden die Bank gleichberechtigt führen, hieß es. ZYD/CHIA

Gerhard Stratthaus, 70, einst Finanzminister in Baden-Württemberg, steuert nun interimweise die Badische Staatsbrauerei Rothaus, deren „Tannenzäpfle“-Pils in der markenbewussten Szene außerordentlich populär ist. Das beschloss der Aufsichtsrat. Stratthaus übernimmt damit die Vertretung des schwer erkrankten Brauereichefs Thomas Schäuble (SZ vom 1./2.9.) – vorerst bis zum Jahresende. Gerhard Stratthaus kennt die Brauerei gut: Er sitzt seit 1996 im Aufsichtsrat. 13 Jahre lang war er Aufsichtsratsvorsitzender. Und er ist mit Thomas Schäuble, einst Innenminister in Baden-Württemberg, befreundet. Schäuble, Bruder des amtierenden Bundesfinanzministers, ist seit 2004 Chef der Rothaus-Brauerei. Anfang Juli erlitt er einen Herzinfarkt. CHIA

Hans-Peter Villis, 54, hat pünktlich zu seinem Abschied als EnBW-Vorstandschef Ende des Monats eine neue Aufgabe gefunden: Der Energiefachmann wird Aufsichtsratsvorsitzender des Fußballvereins VfL Bochum. Der Job passt gut zu dem energischen Manager: Villis (Foto: DPA/PA) ist ein Kind des Ruhrgebietes, der VfL ist sein Lieblingsverein.



Und auch diesmal muss er Krisenmanager sein wie bisher bei EnBW, dem drittgrößten deutschen Stromversorger. Dem Konzern sind durch den Atomausstieg Einnahmen weggebrochen und mögliche Korruptionsgeschäfte mit einem russischen Atomlobbyisten belasten EnBW zusätzlich. Der VfL wiederum steckt in der Zweiten Liga fest und in den roten Zahlen... „Mit meinen Fähigkeiten und meinem Netzwerk will ich dazu beitragen, dass der Verein für Partner noch attraktiver wird“, so beschreibt Villis seine neue Aufgabe. Die er – wie könnte es anders sein – mit „Herzblut“ angehen will. HM

Alfred Schopf, 55, gebürtiger Schwabe und seit zwei Jahren Vorstandsvorsitzender der Leica Camera AG, sieht den Erfolgsgang der Smartphones nicht als Konkurrenz, ganz im Gegenteil: „Ein Smartphone ist auch ein Werkzeug, das Appetit macht auf bessere Fotos“, sagte Schopf der Nachrichtenagentur ddp vor Beginn der Kölner Fachmesse photokina 2012. Verstehen könne er jedoch, wenn asiatische Kamerahersteller im unteren Segment die Entwicklung mit Sorge verfolgten. sz

Der Standfeste

VON WOLFGANG JANISCH

Dieterich Murswiek vertritt den CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Unter den juristischen Bevollmächtigten gilt er als der beste – vielleicht, weil ihm die Klage selbst so wichtig ist

Wer die Dynamik der mündlichen Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht kennt, der weiß: Je weiter sie fortschreiten, desto gefährlicher wird es. Denn die acht Richter sitzen diese Anhörungen nicht ab, um einem formalisierten Austausch bekannter Standpunkte zu lauschen, sondern um Argumente auf ihre Festigkeit abzuklopfen. Weshalb jederzeit mit einer tückischen Frage von der Richterbank zu rechnen ist, die das mühsam errichtete Gedankengebäude der einen oder der anderen Seite zum Einsturz bringen kann. Weh dem, der geistig bereits die Krawatte gelockert hat.

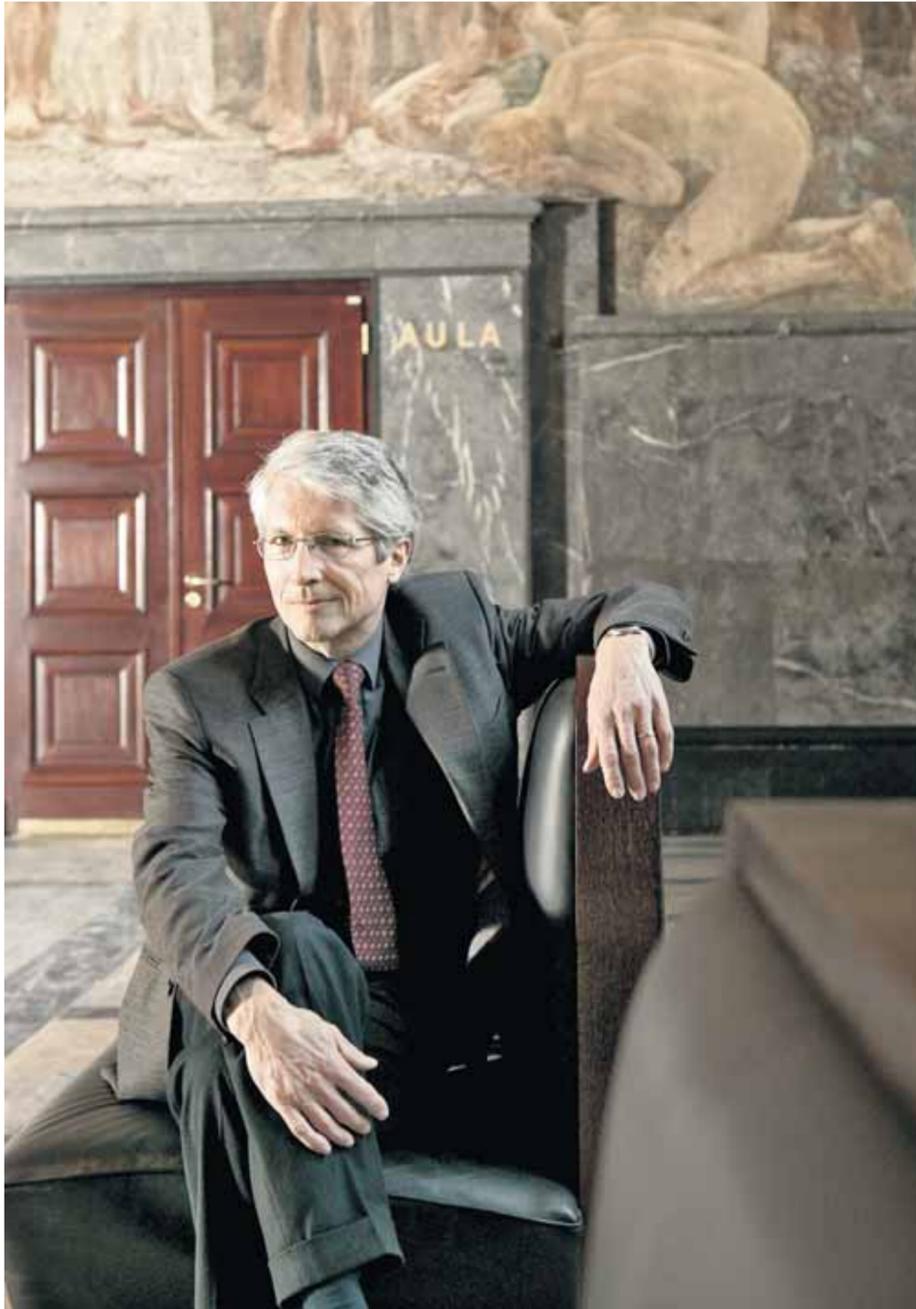
Am 10. Juni 2012 dauerte es besonders lange, bis weit nach 20 Uhr hatte sich die Anhörung zum Euro-Rettungsschirm und zum Fiskalpakt hingezogen. Doch auch damals zeigte sich, was bereits bei anderen Verhandlungen rund um das Thema Europa zu beobachten war: Wenn man einer der juristischen Vertreter nur noch in der Lage ist, die Wiederholungstaste seines Eingangsstaments zu drücken, dann naht die Stunde des Dieterich Murswiek. Behände tritt er ans Mikrofon, mit einer kontrollierten Spannung in seinen Bewegungen, die ihn jünger als seine 63 Jahre wirken lässt. Und trägt seine Argumente vor,

die auch nach achtstündiger Anhörung noch so exakt sitzen wie sein stets akkurat gescheiteltes Haar. Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle fragt ihn nach der Bindungskraft der Verträge, Richter Peter Müller will einen Widerspruch in Murswicks Argumentation entdeckt haben – doch der Professor weiß zu antworten.

Es gibt mittlerweile eine lange Liste juristischer Bevollmächtigter der sogenannten Euro-Kläger, Karl Albrecht Schachtschneider etwa, der schon gegen den Maastricht-Vertrag von 1992 geklagt hatte, oder neuerdings Hans-Peter Schneider aus Hannover, Andreas Fisahn aus Bielefeld, dazu die ehemalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, die mit dem Leipziger Professor Christoph Degenhart ins Feld gezogen ist. Der Erfolgreichste aus dieser Reihe dürfte derzeit aber wohl der Freiburger Professor Dieterich Murswiek sein, der im aktuellen Rettungsschirmverfahren den CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler vertritt. Wenigstens hat das Karlsruher Gericht im Lissabon-Urteil von 2009 einen deutlichen Hinweis darauf gegeben, wie hoch sie Murswicks intellektuellen Beitrag zu der Entscheidung veranschlagt: Von allen damals aufgetretenen Klägern bekam er den höchsten Anteil an seinen Kosten erstattet, nämlich die Hälfte.

Seit 2007 bilden Gauweiler und Murswiek ein Gespann, damals formulierte der Professor einen Antrag gegen den Tornado-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Dann ging es Schlag auf Schlag: 2009 die Lissabon-Klage, 2011 folgte die Beschwerde gegen den vorläufigen Euro-Rettungsschirm EFSF – die formal zwar abgewiesen wurde, aber dennoch in der Sache ein Erfolg für Murswiek war; auch diesmal gelang das Gericht ihm und den anderen Klägern ein Drittel Kostenerstattung zu, weil die Beschwerden zur Klärung einer „Frage von grundsätzlicher Bedeutung“ beigetragen hätten.

Seit 1990 lehrt der gebürtige Hamburger Murswiek an der Freiburger Universität, seit 1998 ist er geschäftsführender Direktor des Instituts für öffentliches Recht. Zu seinen Schwerpunkten gehört beileibe nicht nur das Thema Europa, vielmehr ist er neben dem Staats- und dem Völkerrecht von jeher im Umweltrecht aktiv. Schon früh kümmerte er sich beispielsweise um die Gefahren der Atomkraft oder der Gentechnik; seine Habilitationsschrift aus dem Jahr 1984 trägt den Titel „Die staatliche Verantwortung für die Risiken der



Wenn andere zu erlahmen drohen, schlägt seine Stunde: Staatsrechtler Dieterich Murswiek.

FOTO: KLAUS MELLENTIN/FACE TO FACE

Technik“. Seine Publikationsliste umfasst die großen wie die kleinen ökologischen Themen, vom „Umweltschutz als Staatszweck“ bis zum Einsatz von Nahverkehrsabgaben zur Entlastung der Innenstädte.

Murswicks Engagement für den Umweltschutz mag auf den ersten Blick überraschen, wenigstens dann, wenn man die Ökologie im linksliberalen Spektrum ansiedelt. Dort ist Murswiek nun wirklich nicht zu finden, vielmehr wird man seine Grundhaltung als national-konservativ umschreiben können – sozusagen das Alter Ego seines Auftraggebers Gauweiler.

Es gibt eine Geschichte, die ihm bis heute ein wenig nachhängt, seine Nähe zu rechtsnationalen Strömungen in ganz jungen Jahren. Das hatte bei seiner Berufung an die Freiburger Universität für Kritik gesorgt. Er, der seit 1972 der CDU angehört, hat das als jugendliche Verirrung erklärt, was nicht weniger plausibel ist als der Um-

gang von Professoren der 68er-Generation mit den Irrtümern ihrer Jugend. Aber vielleicht erklärt es ein wenig Murswicks Engagement für die Sache Gauweilers: Sein Einsatz für den Erhalt der nationalen Souveränität und den Schutz der Demokratie gegen europäische Erosionserscheinungen ist ihm eine Herzensangelegenheit. „Das ist für ihn eine echte Sorge und eine innere Überzeugung“, sagt ein Kollege, der ihm politisch nicht nahesteht, ihn aber als einen der klügsten Köpfe unter den deutschen Staatsrechtslehrern schätzt.

Murswiek selbst formuliert das so: „Ich stehe voll hinter dem, was Gauweiler macht.“ Wie er überhaupt fast ausschließlich für Dinge eintrete, die ihm ein persönliches Anliegen seien. Und da ist das Portfolio des gefragten Gutachters und Prozessvertreters äußerst vielfältig. Für die Grünen hat er Gutachten zum Wahlrecht wie zum Vertrag von Maastricht geschrieben,

für die ÖDP hat er die Fünfprozentklausel im NRW-Kommunalwahlrecht zum Kippen gebracht.

Der Wissenschaftler, der mit dem Herzen bei der Sache ist: Vielleicht erklärt das seine Energie. Murswiek ist immer höflich und nie aufdringlich, aber er argumentiert mit dem Beharrungsvermögen desjenigen, der von der Richtigkeit seines Tuns zu tiefst überzeugt ist. Und folgt dabei dem Prinzip des steten Tropfens. Schon 1992 warnte er in der *Süddeutschen Zeitung* vor dem gleitenden Übergang in den europäischen Bundesstaat: „Das Grundgesetz lässt ein Plebiszit über Maastricht nicht nur zu, sondern gebietet es.“ Ein Gedanke, der seinen Widerhall in der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts gefunden hat – und nun die politische Ebene erreicht: Die Diskussion über eine Volksabstimmung zur fortschreitenden EU-Integration hat gerade erst begonnen.

IM BLICKPUNKT

Nichts geht mehr

Casino-Mogul Steve Wynn gewinnt 30 Millionen Dollar Schadenersatz

Man kennt das aus Mafia-Filmen: Der tumbe Porno-Produzent, geblendet von seinem Erfolg, verzockt sich in Las Vegas. Der Casino-Boss weiß, da ist noch mehr zu holen, und tut alles, um den jungen Mann am Spieltisch zu halten: Fortan darf er in einer Suite nächtigen, erhält kostenlose Speisen und lernt erstaunlich anstrengungslos erstaunlich hübsche junge Damen kennen. Der fiese Plan geht auf und der Gast steht nach einigen Tagen mit zwei Millionen Dollar Schulden da. Weil er nicht zahlt, erreichen ihn bald Morddrohungen: Man werde ihn einfach in der Wüste vergraben.

Aber gibt es so etwas auch in Wirklichkeit? Schließlich geht es um Las Vegas, da weiß man nie so genau, ob nun die Kunst das Leben oder das Leben die Kunst kopiert. Behauptet hatte das Joe Francis, 39 Jahre alt und – genau – Porno-Produzent. In der zweiten Hauptrolle: Steve Wynn, 70, Casino-Mogul.

Ein Gericht in Los Angeles hat nun entschieden: Guter Stoff für Hollywood, aber alles Quatsch. Und weil solche wilden Geschichten dem Ruf eines anständigen Glücksspiel-Unternehmers abträglich sind, soll Wynn Schadenersatz erhalten: 20 Millionen Dollar für die angeblichen Morddrohungen. Schon vor einigen Monaten verurteilte das Gericht Francis zu einer Zahlung von 7,5 Millionen, weil er öffentlich erzählt hatte, wie Wynn ihn angeblich zum Spielen verführte. Die Spielverluste eingerechnet, schuldet Francis seinem Kontrahenten rund 30 Millionen Dollar. Der will das Geld spenden.

Angewiesen ist er auf die Millionen jedenfalls nicht. Wynn ist eine der prägendsten Gestalten im Casino-Geschäft und maßgeblich dafür verantwortlich, dass Las Vegas nach düsteren Jahren wieder aufblühte. In den vergangenen zwanzig Jahren wuchs die dortige Wirtschaft rasant und Wynn wurde von einem reichen zu einem sehr reichen Mann: Auf 2,5 Milliarden Dollar schätzt *Forbes* sein Vermögen.

Dabei hatte er seine Karriere bei null gestartet, wenn nicht darunter: Wynn war gerade einmal 21 Jahre alt, als sein Vater plötzlich starb und ihm 350 000 Dollar Schulden hinterließ – Spielschulden. Kurz darauf verließ Wynn die Universität mit einem Abschluss in Literatur. Zunächst ein kleiner Bingo-Anbieter, wirtschaftete er sich in wenigen Jahren mit Land- und Immobilien-Deals zu einer großen Nummer in Las Vegas hoch. Ausgerechnet in den achtziger Jahren, als kaum noch einer an die heruntergekommene Stadt glaubte, investierte Wynn enorme Summen in extravagante Luxushotels und Casinos. Das war der Durchbruch. Heute gehören ihm zahlreiche große Häuser, neuerdings auch in der chinesischen Spielerstadt Macao.

Ein Imperium also, das die Phantasie anregt. Zumindest eine filmreife Geschichte aber, die man sich über Wynn erzählt, ist wahr: Vor einigen Jahren wollte der passionierte Kunstsammler einen Picasso für 139 Millionen Dollar verkaufen, der Vertrag war bereits unterschrieben. Ausgerechnet auf der Verkaufsparty aber rammt Wynn versehentlich seinen Ellenbogen in das Meisterwerk. Anwesenden zufolge reagierte er auf das Missgeschick wie ein Film-Pate: ganz cool. MALTE CONRADI



Höchstens ein Picasso-Gemälde hat Steve Wynn auf dem Gewissen. FOTO: AFP

FORUM

Studieren, nein danke

Immer mehr Abiturienten machen lieber eine Ausbildung. Jugendliche ohne Abitur werden von den Unternehmen verschmäht. Das muss sich ändern. Von Sebastian Gallander

Leiter gestartet sind, klettern dann aber nicht mehr weiter mit durch die Luke „Studium“ in die nächst höhere Etage. Sie gehen stattdessen nun von oben durch die Luke „Berufsausbildung“. Die Jugendlichen, die von unten durch diese Luke klettern müssen, weil sie eben „nur“ einen mittleren Schulabschluss vorweisen können, haben es nun noch schwerer. Insgesamt hat sich die soziale Ungleichheit also nicht verringert, sondern eher vergrößert.

Dies schadet dem inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Es schadet aber auch der Wirtschaft.

Die Wirtschaft braucht, nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, aufgrund des demografischen Wandels bereits im Jahr 2025 rund 6,5 Millionen neue Fachkräfte. Diese können nicht alle aus dem Ausland angeworben werden. Deshalb sollten wir das vorhandene Potenzial der Jugendlichen viel besser nutzen.

Hierzu zählen gerade auch die vielen Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäu-

sern. Diejenigen von ihnen, die eine Hochschulreife erwerben, sollten stärker dabei unterstützt werden, dann auch tatsächlich zu studieren, denn gerade bei den Hochschulabsolventen liegt Deutschland, laut der OECD, weit hinter den anderen Industrieländern zurück. Hierfür sollten sich Lehrer und Berufsberater zusammen mit

Unternehmen sollten Jugendliche nachbilden – auch im eigenen Interesse

den Hochschulen und den Unternehmen stark machen: Sie sollten gerade diese Jugendlichen viel stärker zu einem Studium ermuntern und ihre Eltern von den Vorteilen überzeugen. Dennoch gilt: Die Schulabgänger mit Hochschulreife zum Studieren zu bewegen, ist nur ein Teil der Herausforderung.

Die Jugendlichen, die keine Hochschulreife erwerben, haben es heute besonders schwer, einen Ausbildungsplatz zu bekom-

men: Laut Berufsbildungsbericht 2012 konnten im letzten Jahr zwar gut 530 000 Schulabgänger eine Lehrstelle antreten, fast 300 000 Jugendliche landeten jedoch im sogenannten Übergangsbereich, einer Art staatlich geförderten Warteschleife. Von diesen Jugendlichen waren rund 20 Prozent Schulabbrecher; die überwältigende Mehrheit jedoch hatte einen Haupt- oder Realschulabschluss.

Besonders prekär ist ganz offensichtlich die Situation bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Sie stellen zwar einen großen Teil der Schüler in Deutschland, doch nur wenige von ihnen machen eine Berufsausbildung.

Nur eine Minderheit der Unternehmen, so eine aktuelle Umfrage des Bundeswirtschaftsministeriums, ist bereit, die Anforderungen an die schulischen Qualifikationen der Bewerber zu senken oder gezielt Jugendliche mit Migrationshintergrund anzusprechen. Die Mehrheit von ihnen hat nach der Umfrage jedoch bereits heute Probleme, geeignete Auszubildende zu rekru-

tieren. Deshalb sollte die Wirtschaft jetzt stärker aktiv werden.

Unternehmen in ganz Deutschland sollten gleich mit den Schulen zusammenarbeiten, um die Jugendlichen frühzeitig für die Arbeitswelt fit zu machen – durch Berufsorientierung, Praktika und Mentorenprogramme. Zudem sollten mehr Unternehmen auch den Jugendlichen, die „nur“ einen mittleren Schulabschluss haben, die Chance auf einen Ausbildungsplatz geben und sie gerade im ersten Lehrjahr durch zusätzliche Schulungen und Coachings unterstützen. Einige Unternehmen handeln hier bereits vorbildlich. Doch es sollten noch viel mehr werden.

Die für Deutschland typische duale Berufsausbildung ist ein beispielloses Erfolgsmodell, um das uns viele Länder beneiden. Gerade deshalb sollten ja auch die jungen Menschen davon profitieren können, die von der Haupt- und Realschule kommen. Zugleich sollten mehr von den Schulabgängern, die studieren könnten, dies dann tatsächlich tun.

Natürlich sind die Anforderungen an viele Ausbildungsberufe gestiegen, doch es soll ja auch nicht jeder Schulabgänger jeden Beruf ergreifen können. Genauso wenig soll ja auch jeder Jugendliche studieren, nur weil er edle Hochschulreife erworben hat.

Wenn wir uns die Wirtschaft einmal als Großbaustelle vorstellen, dann sehen wir

da – stark verkürzt ausgedrückt – momentan einfach genügend (gut ausgebildete) Elektriker, aber zu wenig Ingenieure und zu viele Hilfsarbeiter. Deshalb sollten wir künftig ein paar mehr von den Schulabgängern mit Hochschulreife dabei unterstützen, eben nicht eine Lehre zu beginnen, sondern ein Studium. Und den Jugendlichen, die sich als Hilfsarbeiter verdingen müssen, sollten wir stärker dabei helfen, eine Lehrstelle zu bekommen.

Die 1960er Jahre sind zwar vorbei und wir müssen keinen Ostblock mehr fürchten und auch nicht mehr für Bildung als Bürgerrecht kämpfen. Aber heute steht Deutschland im globalen Standortwettbewerb, während innerhalb unserer Gesellschaft die Kluft zwischen arm und reich wächst. Deshalb sollten Politik und Wirtschaft nun dringend die zweite Stufe der Bildungsexpansion starten. Deutschland darf kein Kind zurücklassen.



Der Kommunikationswissenschaftler Sebastian Gallander leitet das Projekt „Soziale Mobilität“ der Stiftung Neue Verantwortung in Berlin.

In den 1960er Jahren stand der Westen noch unter dem „Sputnik-Schock“ und befürchtete, technologisch hinter den Ostblock zurückzufallen. Zugleich wuchs damals das Bewusstsein für die Idee des Soziologen Ralf Dahrendorf, dass Bildung ein Bürgerrecht sei und alle Menschen die gleichen Aufstiegschancen haben sollten. Schließlich wurde die sogenannte Bildungsexpansion gestartet – eine Reihe von Reformen, die zu einer höheren Bildung aller Bevölkerungsteile führen sollten. In Berlin wurde nun von der Vodafone Stiftung eine Studie vorgestellt, die untersucht hat, welche Veränderungen seitdem erreicht werden konnten. Die Ergebnisse zeigen: Der Weg ist höchstens bis zur Hälfte geschafft.

Der Anteil der Jugendlichen, der eine Hochschulzugangsberechtigung erreicht, ist zwar drastisch angestiegen. Der Anteil der Jugendlichen, der dann tatsächlich studiert, hat sich jedoch nicht so stark erhöht; bei den Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern ist er sogar deutlich gesunken. Zugleich, so die Studie, müssen die Jugendlichen immer häufiger Abitur haben, um überhaupt einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Bildlich gesprochen: Viele Jugendliche sind auf der sozialen Leiter eine Etage nach oben geklettert, denn sie haben eine Studienberechtigung erworben. Diejenigen von ihnen, die am untersten Ende der